

EU VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

Macht ohne Souveränität?

Thorsten Fuchshuber

Die Europäische Union muss sich in einem immer aggressiver werdenden machtpolitischen Ringen bewähren. Anders als ihre Konkurrenten ist sie jedoch bloß ein prekärer Interessenverband, kein Staat. In seinem neuen Buch denkt der Politikwissenschaftler Herfried Münkler darüber nach, wie dieser Mangel ausgeglichen werden kann.

Russische Drohnen im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – diese Form der Souveränitätsverletzung war beim informellen EU-Gipfel in Kopenhagen in der vorigen Woche nicht nur ein theoretisches Problem. In den Tagen vor dem Treffen hatten solche Geräte (in diesem Fall nicht identifizierten Ursprungs) unter anderem dänische Militärbasen überflogen. Kurz zuvor waren russische Jets in den estnischen Luftraum eingedrungen. „Les Européens attendaient de leurs dirigeants des décisions fortes et des actes durant le sommet informel de Copenhague“, schrieben die Journalisten David Carretta und Christian Spillmann in ihrem Newsletter „La Matinale Européenne“ angesichts der Situation. Gehört jedoch habe man eine „terrible cacophonie“. „Nous sommes en confrontation avec la Russie“, so der französische Präsident Emmanuel Macron zu Beginn des Gipfels. „Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden“, hatte Deutschlands Bundeskanzler Friedrich Merz gemeint. Luxemburgs Premierminister Luc Frieden (CSV) wiederum sagte dem Radiosender „100,7“ zur Drohnenproblematik schlicht: „Zu Lëtzebuerg huet sech de Problem nach net gestallt.“ Am schärfsten formulierte es die dänische Premierministerin und Gastgeberin Mette Frederiksen. Sie sieht Europa „in der gefährlichsten Situation seit dem Zweiten Weltkrieg“, eine „sehr starke kollektive Reaktion“ sei nun gefragt. „Un sommet de cette

importance [...] aurait mérité un minimum de préparation et de concertation afin d'envoyer un message d'unité et de fermeté à un agresseur russe qui mise lui sur la désunion des Européens“, kritisierten Carretta und Spillmann in ihrer Analyse.

Mit ähnlicher Besorgnis blickt auch eine zunehmende Zahl von Wissenschaftler*innen auf die Trägheit und Uneinigkeit, mit der die EU und ihre Mitgliedsstaaten den zunehmend forschenden militärischen Provokationen Russlands begegnen. „Ich glaube, es wird zu einer Spaltung in Europa kommen – entlang der Haltung der Staaten zum Ukraine-Krieg“, sagte kürzlich Karl Schlögel im Interview mit der Schweizer Tageszeitung „Neue Züricher Zeitung“. Folgt man dem geopolitisch orientierten Historiker, der Anfang kommender Woche in Frankfurt den Friedenspreis des deutschen Buchhandels 2025 erhält, stehen die Zeichen auf Krieg, auf den es sich vorzubereiten gilt. Es sei Zeit, „Abschied zu nehmen von einer Welt, die es so nicht mehr gibt, und sich der Realität zu stellen“.

Führung durch Luxemburg passé

Für den Politikwissenschaftler Herfried Münkler bedeutet das nicht zuletzt, dass in der Europäischen Union jemand der „Kakophonie“ ein Ende bereiten und entschlossen die Führung übernehmen müsse. Lange Zeit habe Luxemburg diesen Job übernommen. „Der Vorzug dieser luxemburgischen Führung war, dass sie die Rivalität zwischen Deutschland und Frankreich neutralisierte und als ein im buchstäblichen Sinn ‚Dazwischenstehender‘ der natürliche Vermittler zwischen den beiden größten EU-Staaten war“, so Münkler, der im Unklaren lässt, ob er damit mehr als nur die Präsidentschaft in der EU-Kommission durch Jacques Santer (1995-1999) und Jean-Claude Juncker (2014-2019)

meint. In einer „veränderten Weltlage“ jedenfalls könne sich die EU „eine solche Art von Führung durch einen der Kleinsten nicht länger leisten“. Doch wer übernimmt sie dann? Es sei verraten: Deutschland soll es sein.

Weshalb das so sein müsse, versucht der 2018 emeritierte Professor in seinem neuen Buch „Macht im Umbruch“ zu begründen. Um sein Argument zu schärfen, leitet er es mit einer demokratietheoretisch und geopolitisch orientierten Analyse ein, die den Großteil des in fünf Kapitel aufgeteilten Buches ausmacht.

Noch bis vor wenigen Jahren sei jeder Blick auf die Gegenwart der Prämissen gefolgt, dass die offene Rivalität und Feindschaft zwischen den Staaten in wirtschaftliche Konkurrenz überführt worden sei. Machtpolitik, gar mit kriegerischen Mitteln, gehöre der Vergangenheit an. Inzwischen jedoch werde man tagtäglich eines Besseren belehrt. Wie konnte es soweit kommen? Neben der russischen Invasion in der Ukraine und der erratischen US-Außenpolitik nennt Münkler unter anderem die „Migrationsbewegungen in Richtung Europa und Nordamerika“, die zu „disruptiven“ Veränderungen führten. Vor allem jedoch widmet er sich dem quantitativen Rückgang der Demokratien weltweit und der Vermehrung autoritärer Regime.

„Macht im Umbruch“ bedeutet demnach nicht zuletzt die Konfrontation zwischen „den demokratischen Verfassungsstaaten und den autoritär-autokratischen Regimen“. Dieses „Ringens“, so Münkler, vollziehe sich in Bündnissen, die weniger stabil seien als zu Zeiten des Kalten Kriegs: „Es wird sich vermutlich über Jahrzehnte hinziehen, und für den Ausgang dürfte entscheidend sein, welche von beiden Seiten besser in der Lage ist, die von ihr formierten Bündnisse zusammenzuhalten“.

Diese Aufgabe wird laut dem Wissenschaftler erschwert durch die Pro-

bleme, die Demokratien bei der Verteidigung derselben haben. Es macht bekanntermaßen einen Unterschied, ob politische Entscheidungen vor der Bevölkerung gerechtfertigt und gemäß rechtsstaatlichen Maßstäben verankert werden müssen oder ob man ungehindert agieren und mittels Repression nach innen durchgreifen kann. Münkler argumentiert, mit dem Aufkommen des Populismus sei das Spannungsverhältnis zwischen Verfassungsrecht und Bürgerwillen sichtbar geworden, wobei die Bürger*innenschaft sich immer häufiger nicht mehr in den konstitutionellen Maßstäben wiedererkenne. Damit sei das „Konstruktionsprinzip der modernen Demokratie“ in Gefahr. Als mögliches Gegenmittel diskutiert der Autor das Für und Wider von mehr unmittelbarer Bürgerbeteiligung, kommt aber zu dem Schluss, dass „Rechtsstaatlichkeit und eine auf permanente Umkehrbarkeit politischer Entscheidungen angelegte Form der Demokratie“ nicht miteinander vereinbar seien. Es fehle dann an Verbindlichkeit und Berechenbarkeit, die wichtige Bestandteile einer jeden Rechtsordnung sind.

Die prekäre geopolitische Lage der EU

Hinzu kommt die Einflussnahme von außen, wie sie in rasch zunehmendem Maße vor allem von Seiten Russlands (Bot-Fabriken zur Desinformation usw.) beobachtet werden kann. Das Argument, auch russische Menschenrechtler und andere liberalen Kräfte würden schließlich von westlichen Nationen unterstützt, was ebenfalls ein Eingriff in die öffentliche Debatte eines anderen Landes sei, lässt Münkler nicht gelten: Dies sei „allenfalls ein begrenzter Ausgleich“ für die Einschränkungen und Repression, die solche Initiativen in autoritären Regimen erleben. Vor allem: „Während die Demokratien den Schutz von Menschen-



POLITESCHT BUCH / ANNONCE

FOTO: REINER ZENSEN



Wurde von der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ unlängst zu den „wichtigsten deutschen Intellektuellen“ gezählt: der Autor und Politikwissenschaftler Herfried Münkler.

und Bürgerrechten sicherzustellen suchen, betreiben die autoritären Regime eine hybride Kriegsführung, um die Demokratien zu destabilisieren.“ Hier benennt Münkler einen wesentlichen Unterschied, den nur ignorieren kann, wer sich politische Verfolgung, wie sie beispielsweise die Ende 2021 verbotene russische Menschenrechtsorganisation „Memorial“ erlebte, gar nicht vorzustellen vermag.

Schwammig wird es, wenn Münkler sich der Frage zuwendet, wo die Ursachen für den zunehmenden „Populismus“ liegen. Zwar kommt er auf wirtschaftliche Probleme und Verarmungsprozesse zu sprechen, erklärt sie jedoch vor allem mit einer ökonomischen Zyklentheorie (jener des sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlers Nikolai Kondratjew). Eine Analyse der Krisendynamik, wie sie der kapitalistischen Warenproduktion eingeschrieben ist, findet sich bei Münkler nicht, auch wenn er ein akademischer Ziehsohn des an Karl Marx orientierten Politikwissenschaftlers Iring Fetscher (1922-2014) ist.

Unter Rückgriff auf einen historischen Abriss verschiedener geopo-

litischer Theorien kommt der Autor dann auf die heutige prekäre Lage der Europäischen Union zu sprechen, wie sie sich angesichts des aggressiven Vorgehens Russlands, einem ökonomisch immer einflussreicheren China und der drohenden Abwendung der USA von Europa präsentiert. Diese Kapitel sind auch aufgrund ihres einflussreichen Charakters interessant. En passant gibt Münkler beispielsweise eine Idee davon, wie ein Imperium von Nationalstaat unterschieden werden kann. Anders als dieser behandelt jenes Grenzen nicht als scharf markierte Linien („borders“), sondern als Grenzräume („frontiers“), „in denen sich der eigene Herrschaftsanspruch ausdehnen, aber auch allmählich verdünnen und verlaufen kann. Unter anderem deshalb sind Imperien in der Regel multinational, multikulturell und multilingual“.

Es ist klar, dass Münkler hier auch nach Analogien zum russischen Kampf um Einflussgebiete sucht. Auch wenn man seiner These, wonach Russland unter Putin imperiale Absichten habe, nicht folgen mag, bringt er analytisch relevante Einsichten zum Cha-

rakter des dortigen Regimes hervor. Er weist darauf hin, dass angesichts der geographischen Lage Russlands von einer „Einkreisung“ durch westliche Mächte, die oft apologetisch als Grund für den Angriff auf die Ukraine genannt wird, keine Rede sein kann. Zudem hätten maßgeblich Deutschland und Frankreich bereits 2008 auf dem Nato-Gipfel in Bukarest einen Nato-Kandidatenstatus der Ukraine und Georgiens blockiert, auch wenn die damalige Abschlusserklärung etwas anderes suggeriert.

Mehrstufige EU-Mitgliedschaft

Vor allem jedoch geht es dem Wissenschaftler darum, seine These einer von Deutschland zu führenden EU plausibel zu machen. Hier kommen die mit den verschiedenen geopolitischen Theorien verbundenen Ordnungsvorstellungen ins Spiel. Deutschland, so Münkler sei unter den aktuellen Bedingungen einmal mehr als „Macht der Mitte“ zu denken. Historisch habe die deutsche Wahrnehmung, „eingekreist“ zu sein, zu paranoiden Obsessionen und – so ist zu ergänzen – zur Legitimation des eigenen aggressiven Vorgehens (beide Weltkriege) bis hin zum Mord an den europäischen Juden (die Position des Historikers Ernst Nolte im sogenannten Historikerstreit) geführt. Die Schaffung der EU, so Münkler, habe diese Konstellation politisch und sozioökonomisch entschärft, habe aber auf der Existenz der USA als Schutzmacht eines „machtlosen und selbst kaum verteidigungsfähigen politischen Gebildes“ basiert.

Diese Schutzmacht jedoch ist nun dabei, sich aus Europa zurückzuziehen. Münkler deutet in seinem Buch verschiedene Optionen an, wie sich die EU unter diesen Bedingungen behaupten und vor dem Zerfall schützen kann. Zum einen gelte es, die Paralyse zu überwinden, die durch die bei vielen grundlegenden Entscheidungen bestehende Pflicht zur Einstimmigkeit und das Vetorecht der Mitgliedstaaten entsteht. Dazu plädiert Münkler für eine mehrstufige Mitgliedschaft, die „eine Differenzierung der Rechte und Pflichten“ mit sich bringe, denn: „Die EU braucht ein Zentrum, das mit realer Macht ausgestattet und schnell handlungsfähig ist.“

Deutschland soll „dienend führen“

Beständig umkreist Münkler in seinem Buch so die Grundproblematik, ohne sie jemals explizit auszusprechen: dass die EU nämlich nicht

über Souveränität verfügt. Souveränität, wie sie Staaten zukommt, repräsentiert die politische Einheit der Gesellschaft und ist zumindest formal unabhängig von den verschiedenen Interessengruppen, die in dieser Gesellschaft miteinander kämpfen. Der souveräne Staat, so der Politikwissenschaftler Franz Neumann, „bewacht die Grenzen, erobert neue Märkte draußen und schafft die Einheitlichkeit von Verwaltung und Recht nach innen“. Vor allem aber „zerstört er lokale und partikuläre Gewalten“ und „hält die kämpfenden sozialen Gruppen in bestimmten Grenzen“, damit keine von ihnen ihre Interessen ungehindert zum Nachteil des Rests der Gesellschaft durchsetzen kann.

Die EU verfügt nicht über eine solche Souveränität, die die politische Einheit garantiert und sich gegen partikuläre Interessen einzelner sozialer Gruppen oder Mitgliedstaaten durchsetzen könnte. Das zeigt sich an kaum einer Stelle deutlicher als an der Flüchtlingspolitik, wo ein einheitliches Vorgehen eben nicht gegen die unmittelbaren Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten erzwungen werden kann. Nicht einmal die Verteilung der bereits auf dem Hoheitsgebiet der EU befindlichen Asylsuchenden kann durchgesetzt werden. Auch die im vorigen Jahr verabschiedete Reform des Asyl- und Migrationssystems vermag nicht mehr, als an die Verantwortung zu appellieren, für eine „gerechtere Verteilung“ – was immer das bedeuten mag – von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu sorgen.

Deutschland habe sich hier verantwortungsvoll gezeigt, so Münkler, indem es viele dieser Menschen aufgenommen hat. Auch daher fordert er von dem Land, dass es die fehlende Souveränität der Europäischen Union so gut als möglich kompensieren soll, indem es als „servant leader“ fungiert. Es solle „seine kurzfristigen Interessen“ zurückstellen und diese nur strategisch verfolgen, indem es sich „in den Dienst des Ganzen“ stellt. Als „Hüter des Zusammenhalts“ solle Deutschland „in langen Zeiträumen“ denken, statt sich allzu sehr an den kurzfristig ausgerichteten Wünschen der Wähler*innen zu orientieren.

Was befähigt das Land dazu? Hier kommt er wieder auf das geopolitische Argument der Mitte zurück. Sowohl die geographische Lage als auch seine wirtschaftliche Stärke setze es in eine entsprechende Lage. Als Alleinstellungsmerkmal nennt er, dass ausgerechnet die deutsche Wähler*innenschaft „eine erheblich



Wëllt Dir lech asetzen, fir de „Vëlo am Alldag“ weider ze bréngen?

ProVelo a.s.b.l. sicht eng Persoun an der Kommunikatioun fir en CDD fir de Remplacement vun engem Congé Parental vu Januar 2026 bis Juni 2027 fir 20 - 25 Stonnen d'Woch, déi

- gutt redaktionell Fäegkeeten huet (LU, DE, FR, EN)
- sech am ëmgang matt de (soziale) Medien wuelpiert
- sech mat Textveraarbechtung, Fotografie a Videobearbechtung auskënnt
- Interessi u politescher Aarbecht ronderëm d'Thema Vëlo matbréngt
- administrativ Aufgaben iwwerhëllt

Mir bidde gutt Aarbechtskonditiounen an engem klengen Team. Wann d'Situatioun et ergëtt, besteet d'Méiglechkeet op eng Verlängerung vum Kontrakt an eng Erhéijung vun den Aarbechtsstonnen.

Mir freeën eis op Är Bewerbung bis den 31.10.2025 per Courier oder E-mail un: ProVelo.lu, 6 rue Vauban, L-2663 Luxembourg • info@provelo.lu

INTERGLOBAL

IRAN

Atom-Sanktionen wieder in Kraft

Detlef zum Winkel

größere Widerstandskraft gegenüber der von den Populisten bewirtschafteten Ablehnung der EU und ihrer liberalen Ordnung“ haben soll. Ergebnisse einer aktuellen Umfrage, die am vergangenen Dienstag veröffentlicht wurden, sprechen eine andere Sprache. Demnach käme die rechtsextreme AfD bei Wahlen derzeit auf 26 Prozent der Stimmen – zwei Prozent mehr, als die regierende christdemokratische CDU/CSU bekommen würde. Die mitregierenden Sozialdemokraten von der SPD lägen bei 13 Prozent. In Sachsen käme die AfD laut einer anderen Umfrage gar auf 37 Prozent; die SPD müsste um den Wiedereinzug in den Landtag bangen.

Nicht nur an dieser Stelle zeigt sich, dass Müncklers Konstruktion von Deutschland als europäischem Souveränitätssubstitut auf einer doch recht hoffnungsgeleiteten Annahme basiert. Die geographische Mittellage, auf der das Land im Zwanzigsten Jahrhundert seine aggressive Außenpolitik gegründet hat, will der Politikwissenschaftler als Element der Läuterung deuten: Deutschland werde sich davor hüten, abermals in eine Lage zu kommen, in der es nur noch militärische Mittel sieht, um sich aus einer wahrgenommenen geopolitischen Lage zu befreien. Eine Versicherung, die gerade angesichts der historischen Erfahrung und zweier innerhalb kurzer Zeit von Deutschland zu verantwortenden Weltkriege wenig überzeugend erscheint.

Doch ganz unabhängig davon, welches Land diese Rolle alternativ übernehmen wollte: Souveränität im Sinne politischer Einheit besteht nur dann, wenn man letztere im Zweifelsfall gegenüber den partikularen Interessen erzwingen kann – und zwar nicht im Sinne des Ausnahmezustands, sondern der verfassungsgebenden Gewalt, die durch kein „dienendes Führen“ und auch nicht durch einen (EU-) Vertrag ersetzt werden kann. „Im Staatenbund gibt es keinen Souveränitätsübergang“, so der Staatsrechtler Dieter Grimm.

Zwischen den Staaten regiert die Gewalt

So bleibt die Frage der Souveränität in Müncklers Buch letztlich doch verdrängt, und mit ihm der notwendig gewaltvolle Charakter jeder Staatlichkeit. Zwar kritisiert er zu Recht die Illusion einer „Ersetzung von politischer Gegnerschaft durch ökonomische Konkurrenz“, der sich in den vergangenen Jahren viele hingegeben hätten, soweit

es die zwischenstaatlichen Verhältnisse betrifft. Letztlich jedoch bleiben diese Verhältnisse auch bei ihm im Dunkeln, weil unerwähnt bleibt, dass die Lebensrealität in den demokratischen Staaten, die er den autoritären Regimes entgegenstellt, nur deshalb vergleichsweise zivilisiert ist, weil, so der Philosoph Gerhard Scheit, Gewalt in diesen Gesellschaften in der Regel „nicht mehr unmittelbar mit den Formen der Ausbeutung zusammenfällt“ (dafür gibt es die Lohnabhängigkeit). Die Gewalt richtet sich also nicht primär gegen die eigene Bevölkerung, sie artikuliert sich vielmehr im Verhältnis der rivalisierenden Staaten zueinander auf dem Weltmarkt – und das bedeutet in der kapitalistischen Krisendynamik tendenziell Krieg.

Dass der Kriegszustand zwischen den Staaten latent immer aufrechterhalten bleibt, deutet Münckler zwar an, wenn er etwa die bis vor kurzem kurrente Vorstellung kritisiert, „der Streit um knappe Ressourcen sei durch deren Zugänglichkeit auf dem Weltmarkt nicht nur abgemildert, sondern tendenziell überwunden worden“. Er versäumt es aber, den Zusammenhang präzise zu fassen. So spricht er abstrakt von „Geopolitik“ und „Geoökonomie“, die er zwar aufeinander bezieht, aber letztlich doch nicht als Momente ein und derselben politischen Ökonomie begreift, die sich international als Weltmarkt manifestiert. Wer sich dort als nicht ausreichend konkurrenzfähig erweist, ist versucht, diesen Mangel machtpolitisch auszugleichen oder zumindest den erfolgreicheren Konkurrenten maximal zu schaden. So notwendig es daher ist, die Feindschaft von Putins Russland gegenüber den Demokratien als real anzuerkennen, so falsch wäre es, politisches „Denken in den Kategorien von Feindschaft“ unreflektiert zu affirmieren.

In einem Punkt ist Münckler allerdings uneingeschränkt zuzustimmen: „die entscheidende Verteidigungslinie der Demokratie“ kann letztlich nur die „Herausbildung und Schärfung der politischen Urteils kraft ihrer Bürger“ sein.

Herfried Münckler – Macht im Umbruch. Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Rowohlt Verlag, 432 Seiten.

Karl Schlögel – Auf der Sandbank der Zeit. Der Historiker als Chronist der Gegenwart. Hanser Verlag, 176 Seiten.

Wegen anhaltender Verstöße des islamischen Regimes in Teheran gegen das Wiener Atomabkommen sind die 2015 ausgesetzten UN-Sanktionen wieder in Kraft getreten. Nun droht der Iran mit dem Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag.

Die früheren UN-Sanktionen gegen den Iran, die mit dem Wiener Atomabkommen von 2015 (JCPOA) ausgesetzt worden waren, sind am 28. September in vollem Umfang wieder in Kraft getreten. Das ist das Ergebnis des sogenannten Snapback-Verfahrens, einer 30-tägigen Frist, bis zuvor ausgesetzte Sanktionen wiedereingesetzt werden können; das Verfahren hatten drei Unterzeichnerstaaten des JCPOA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, meist als „E3“ bezeichnet, am 28. August in Gang gesetzt. Betroffen sind davon vor allem Öl- und Gasgeschäfte, finanzielle Transaktionen und eine Menge von Firmen und Einzelpersonen aus dem Umfeld der iranischen Revolutionsgarden.

Die Zeitspanne von 30 Tagen gab dem Iran Gelegenheit, sich um eine weitere Aussetzung der Sanktionen zu bemühen. Diese hätte im UN-Sicherheitsrat eine Mehrheit finden müssen, ein Veto war hier nicht möglich. Alles, was schließlich zustande kam, war eine Beschlussvorlage, mit der Russland und China eine Fristverlängerung für den Iran erreichen wollten. Der Antrag wurde im Sicherheitsrat mit neun zu vier Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Dafür stimmten neben Russland und China noch Algerien und Pakistan, dagegen Dänemark, Frankreich, Griechenland, Panama, Sierra Leone, Slowenien, Somalia, Großbritannien und die USA. Guayana und Südkorea enthielten sich. Damit wurde das JCPOA-Abkommen nach zehnjähriger Dauer außer Kraft gesetzt. Es geschah zum letztmöglichen Zeitpunkt: Die im JCPOA verankerte Berechtigung, bei unüberbrückbaren Differenzen den Snapback-Mechanismus auszulösen, wäre am 18. Oktober abgelaufen.

In der Debatte schloss sich der russische UN-Botschafter der offiziellen Position des Iran an. Der Snapback sei ungerechtfertigt und „illegal“, die Initiatoren des Snapback hätten sich nicht an die im JCPOA vorgesehenen Regeln zur Schlichtung von Differenzen ge-

halten. Der Vertreter Chinas warnte vor einer Eskalation des Konflikts und vor einer Vertiefung der Spaltung in der sogenannten Weltgemeinschaft.

Die E3 stellten in einer gemeinsamen Erklärung fest, der Iran habe wiederholt gegen seine Verpflichtung verstoßen, den ausschließlich friedlichen Charakter seines Atomprogramms zu gewährleisten. Er habe die im JCPOA festgelegten Höchstmengen an angereichertem Uran um das 48-fache überschritten. Seine Vorräte seien der Kontrolle durch die Internationale Atomenergieorganisation (IAEA) mittlerweile vollständig entzogen. Die Menge an hoch angereichertem Uran reiche aus, um ungefähr zehn Atomwaffen herzustellen. Dafür gebe es keine wie auch immer geartete zivile Rechtfertigung. „Kein anderes Land ohne Atomwaffenprogramm reichert Uran in diesem Umfang und in dieser Größenordnung an“, stellt die Erklärung fest.

„Der Iran hat keinerlei glaubwürdige zivile Rechtfertigung für seine Vorräte an hochangereichertem Uran. Kein anderes Land ohne Atomwaffenprogramm reichert Uran in diesem Umfang und in dieser Größenordnung an.“

Gemeinsame Erklärung der E3 zum Iran.

Noch vor der Entscheidung hatte es eifrige Versuche gegeben, in letzter Minute einen Aufschub zu erreichen. Dazu hatten die E3 Bedingungen gestellt, von denen sie dieses Mal nicht abwichen. Es müsse offengelegt werden, wo sich die 409 Kilogramm Uran befänden, die der Iran vor den Militärschlägen Israels und der USA zu 60 Prozent angereichert hatte. Die Überwachung durch die IAEA müsse in vollem Umfang wiederhergestellt werden und der Iran müsse direkte Verhandlungen mit den USA aufnehmen.

Die Teheraner Regierung antwortete wie üblich mit einem „Ja, aber“. Man sei grundsätzlich bereit, die Be-

AVIS

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : 10 européenne ouverte

Type de marché : travaux

Date limite de remise des plis : 05/11/2025 10:00

Intitulé : Travaux d'installation de cuisine à exécuter dans l'intérêt des infrastructures d'accueil pour enfants et jeunes à Pétange - logements MEP2 - site Batty Weber.

Description : Fourniture et installation d'environ trente cuisines/kitchenettes, y compris l'électroménager.

La durée des travaux est de 30 jours ouvrables, à débiter le premier semestre 2026. Les travaux sont adjugés à prix unitaires.

Critères de sélection : Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumission.

Conditions d'obtention du dossier : Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des plis : Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

N° avis complet sur pmp.lu : 2502481

Demonstration iranischer Oppositionsgruppen unter dem Motto „Nein zum Appeasement – Nein zum Krieg“ im Juni in Berlin: Im Hintergrund eine aufblasbare Puppe des Obersten Führers des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, der eine Atombombe in den Händen hält.



FOTO: EPA/HANNIBAL HANSCHKE

dingungen zu erfüllen, aber dazu müsse ein neues Abkommen ausgehandelt werden, wofür man sehr viel Zeit benötige. Auch die USA beteiligten sich hinter den Kulissen der jüngsten UN-Vollversammlung rege an der Suche nach einem Kompromiss. Es gab die Ankündigung, dass der Iran und die USA offizielle Verhandlungen aufnehmen wollen, doch das soll angeblich daran gescheitert sein, dass US-Präsident Donald Trump eine gemeinsame Pressekonferenz und ein gemeinsames Foto mit dem iranischen Außenminister Abbas Araghchi gefordert habe. Dazu habe sich der iranische Diplomat nicht durchringen können, gelten die USA dem Iran doch als erklärter Todfeind.

Nach der Abstimmung im Sicherheitsrat bekam man dann deutlichere Worte zu hören. Der iranische Präsident Masoud Pezeshkian sagte, die USA hätten die Herausgabe sämtlicher Bestände an angereichertem Uran verlangt. Diese Forderung empfinde er als Demütigung – und nicht etwa als Selbstverständlichkeit nach einem verlorenen Krieg. Was das nahezu waffentaugliche Uran betrifft, behauptet der Iran nun, es liege unter dem Schutt der bombardierten Anlagen von Natanz und Fordo begraben.

Im Gegensatz dazu hatte der frühere Führer der Revolutionsgarden, Mohsen Rezai, wenige Tage vor Kriegsbeginn erklärt, das Material sei in Sicherheit gebracht worden. Die IAEA war von der Regierung in Teheran sogar offiziell informiert worden, dass man „besondere Maßnahmen“ zum Schutz der nuklearen Ausrüstungen und Materialien getroffen, das heißt, sie beiseitegeschafft habe.

Derweil bereitet eine Gruppe von Abgeordneten des iranischen Pseudoparlaments einen Gesetzentwurf zum Austritt des Iran aus dem Atomwaffen-sperrvertrag vor, der es Ländern, die über kein Nukleararsenal verfügen, verbietet, an solche Waffen zu gelangen. Diese Abgeordneten argumentieren, der Sperrvertrag biete dem Iran keine Vorteile mehr, daher könne man ohne weiteres aussteigen.

Mit aller Macht versucht das Regime, soziale Unruhen im Keim zu ersticken.

Das ist ein schwerer Irrtum, denn ein Ausscheiden wird nach Lage der Dinge wohl so verstanden werden, dass der Iran wie seinerzeit Nordkorea einen Atomwaffentest in Angriff nimmt. Die iranischen Beteuerungen, die Nukleartechnik nur zu zivilen Zwecken zu betreiben, wären endgültig widerlegt. Der Austritt aus dem Sperrvertrag würde den letzten Beweis erbringen, dass die iranische Mitgliedschaft in der Internationalen Atomenergieorganisation nur ein Mittel zum Zweck war: nämlich die technologischen Voraussetzungen für ein Programm zu meistern, das in Wirklichkeit von Anfang an dazu dienen sollte, Atommacht zu werden.

Davon ist der Iran nach dem Zwölf-tagekrieg im Juni weit entfernt. Seine Nuklearanlagen sind schwer beschädigt, viele Führungskräfte nicht mehr am Leben. Insofern wirkt die Drohung mit dem Austritt aus dem Sperrver-

trag eher hilflos. Das Atomprogramm des Regimes ist zwar nicht am Ende, wie Trump und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu im Sommer triumphierten, aber es ist zum Scheitern verurteilt.

Denn die wiedereingesetzten Sanktionen verbieten den traditionellen Zulieferern des iranischen Atomprogramms aus dem Westen, bei den Reparaturen der beschädigten Anlagen Aufträge zu übernehmen. Die Iraner müssten also beim Wiederaufbau ihrer Urananreicherung russische oder chinesische Technik verwenden. Dann würden die neuen Schrauben nicht in die alten Fassungen passen und die Iraner müssten wohl alles abschreiben, wofür sie in den vergangenen drei Jahrzehnten einen irrsinnigen Aufwand betrieben haben. Anders gesagt: alles zweimal bezahlen und das Ziel trotzdem nicht erreichen.

Mit der Ankündigung des Snap-back ist die iranische Währung auf den niedrigsten je registrierten Kurs zum US-Dollar gefallen. Bei einem Austritt aus dem Sperrvertrag dürfte sich der Wertverlust weiter beschleunigen. Mit aller Macht versucht das Regime, soziale Unruhen im Keim zu ersticken. Seit dem Zwölf-tagekrieg läuft eine Verhaftungswelle gegen vermeintliche israelische Spione, Todesurteile werden gefällt, afghanische Migranten abgeschoben, Minderheiten wie die Bahai-Gemeinde noch stärker drangsaliert. Die Opposition, allen voran die Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“, steht unter enormem Repressionsdruck.

Detlef zum Winkel ist Physiker und Publizist. Er beschäftigt sich vor allem mit Fragen der Atompolitik.